



Die SPD-Landtagskandidatin Sonja Bongers, NRW-Verkehrsminister Mike Groschek und der Landtagsabgeordnete Stefan Zimkeit (von links) rücken die Belange Oberhausens in den Fokus.

Nordrhein-Westfalen steht für Zusammenhalt und Gerechtigkeit Landtagswahl: Zwei für Düsseldorf

Sonja Bongers ist „die Neue“, Stefan Zimkeit ist „der Alte“. Beide werden von der Oberhausener SPD ins Rennen geschickt, um nach der Landtagswahl am 14. Mai die Interessen von Oberhausen in Düsseldorf zu vertreten.

Zimkeit hat sich längst einen Namen in Düsseldorf erarbeitet und sitzt als haushalts- und finanzpolitischer Sprecher der größten Landtagsfraktion an einer Schlüsselposition, wenn es ums Geld geht.

„Denn auch in der Politik gilt das Motto: ohne Moos nichts los.“

Stefan Zimkeit vertritt neben Sterkrade auch die Nachbarstadt Dinslaken im Landesparlament, Sonja Bongers bewirbt sich um das Mandat für Alt-Oberhausen und Osterfeld. Sie möchte in die Fußstapfen von Wolfgang Große Brömer (64) treten, der nach 17 Jahren im Landtag nicht erneut antritt. Zuletzt hat er als Schulausschussvorsitzender die sozialdemokrati-

sche Bildungspolitik entscheidend mitgeprägt.

„Die SPD in unserem Land kämpft für soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, gute Arbeit und gerechte Steuern – dafür stehen Hannelore Kraft und Martin Schulz“, ist Bongers überzeugt. Die Rechtsanwältin will sich in Düsseldorf dafür engagieren, dass die Arbeitslosigkeit noch weiter zurückgedrängt wird.

„Landesweit geht die Erwerbslosigkeit zurück, und die Zahl der versicherungspflichtigen Jobs ist so groß wie noch nie.“ Leider erreichte diese positive Entwicklung noch nicht in ausreichendem Maße das Ruhrgebiet, bedauert Sonja Bongers. „Grund dafür ist die hohe Langzeitarbeitslosigkeit.“ Sie möchte erreichen, dass die Menschen nicht fürs Nichtstun, sondern für sinnvolle Tätigkeiten bezahlt werden. „Oberhausen braucht einen deutlich ausgeweiteten sozialen Arbeitsmarkt“, befürwortet Bongers die im SPD-Wahlprogramm vorgesehenen Konzepte.

Auch Stefan Zimkeit setzt auf mehr Hilfen für Ruhrgebietsstädte wie Oberhausen. Seit mittlerweile sechseinhalb Jahren regiert Rot-Grün in NRW. „Schon ganz am Anfang haben wir die Unterstüt-

zung für die Städte vom Kopf auf die Füße gestellt“, erinnert sich der SPD-Finanzexperte. „Vorher floss viel Geld in den ländlichen Raum. Heute gehen die Fördermittel dahin, wo der Bedarf am größten ist.“

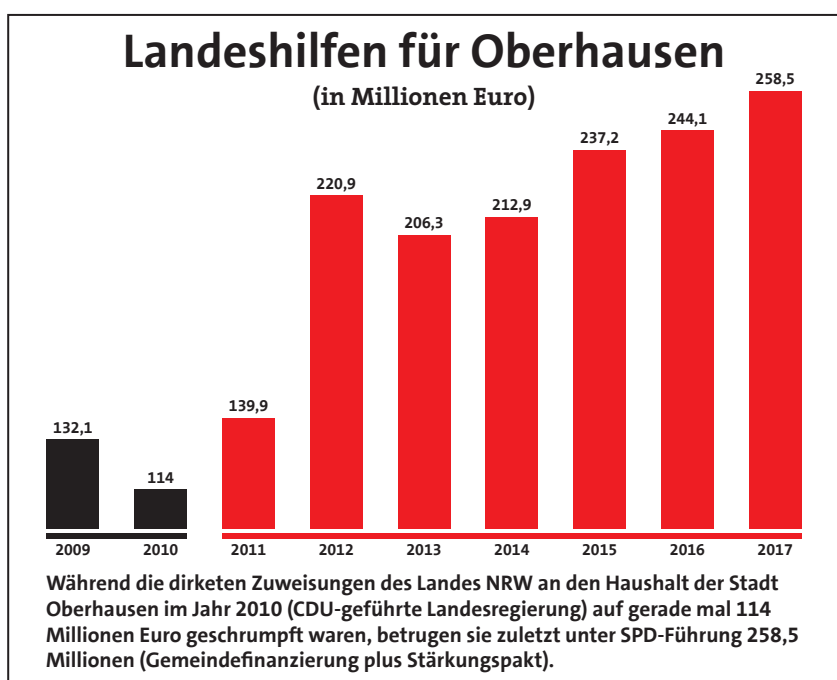
Oberhausen habe davon mit am meisten profitiert. „Die jährlichen

„Jetzt sind wir wieder handlungsfähig“

Stefan Zimkeit

Zuwendungen für den städtischen Haushalt hat Rot-Grün stetig angehoben, so dass wir endlich ohne neue Kredite auskommen können“, sagt Zimkeit. „Jetzt sind wir wieder handlungsfähig und können selbst entscheiden, wie wir unser Geld verwenden. So profitieren wir auch von zusätzlichen Landesgeldern aus Förderprogrammen.“

Sonja Bongers und Stefan Zimkeit wollen sich gemeinsam dafür einsetzen, dass NRW diesen Kurs auch in den kommenden fünf Jahren fortsetzt. Oberhausen sei darauf angewiesen, dass das Land seinen gerechten Beitrag für die soziale Entwicklung des Ruhrgebiets leistet. ■



NRW hilft der Stadtteilentwicklung

Seit 2012 ist der Oberhausener Mike Groschek (SPD) NRW-Bau- und Verkehrsminister. Er hat kräftig daran mitgearbeitet, dass wieder eine Städtebaupolitik betrieben wird, die die Erneuerung von benachteiligten Stadtvierteln in den Blick nimmt. „Über 33 Millionen Euro stehen deshalb für Sterkrade und Osterfeld bereit“, freut sich Stefan Zimkeit über den

Geldsegen. „Auch nach Alt-Oberhausen sollen künftig weitere Mittel fließen. Der SPD-Finanzexperte ist sich sicher, dass die Fördermittel gut angelegt sind. „Es geht ja nicht um punktuelle Verschönerungsmaßnahmen, sondern um Investitionen in das Gemeinschaftsgefühl im Stadtviertel. Hierzu haben Bürgerinnen und Bürger zahlreiche Ideen entwickelt, die nun mit der

Unterstützung des Landes umgesetzt werden.“ In Osterfeld wird ein neues Jugendzentrum in der Nähe der Gesamtschule entstehen, während in Sterkrade die Innenstadt und die Fußgängerzone aufgewertet werden soll.

Die SPD-Landtagskandidatin Sonja Bongers hält das für eine Riesenchance. „Wir wollen, dass gemeinsam mit baulichen Erneue-

rungen auch die soziale Infrastruktur dazugewinnt.“ Bongers setzt sich dafür ein, dass auch Alt-Oberhausen ins Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen wird. „Da möchte ich einen Brückenschlag zwischen Altenberg und dem ehemaligen JVA-Gelände erreichen“, zeigt sie sich optimistisch, dass in Kürze positive Entscheidungen fallen. ■

GRUSSWORT



Liebe Oberhausenerinnen und Oberhausener,

wir in NRW können Wandel. Wer weiß das besser als die Menschen im Ruhrgebiet. Wir haben uns immer den Herausforderungen der Zeit gestellt. Wir haben Wandel begleitet und aktiv gestaltet. Das gilt auch heute. Prozesse wie die Globalisierung, die Digitalisierung oder der demographische Wandel sind Herausforderungen, die auch große Chancen bieten.

Wir haben einen Plan für unser Land. Wir haben die richtigen Konzepte, um Nordrhein-Westfalen zukunftssicher zu machen. Darum investieren wir in das Zukunftsthema Nummer 1. In Kinder, Bildung und Familien haben wir seit 2010 mehr als 200 Milliarden Euro investiert. Wir haben unsere Kommunen von der Intensivstation geholt: 2010 gab es 138 Städte und Gemeinden, die sich im Nothaushalt befanden, heute sind es noch 9. Wir haben als erstes Bundesland eine Digitalstrategie vorgelegt. Unsere Zusage gilt: bis 2018 werden wir das schnelle Internet flächendeckend mit mindestens 50 Megabit ausbauen und bis 2026 das Gigabit Glasfasernetz. Damit machen wir unseren Wirtschaftsstandort fit für die Zukunft.

Und wir wollen an unserem Plan weiterarbeiten. Gemeinsame mit den Menschen in Nordrhein-Westfalen. Ihre Landtagskandidatin Sonja Bongers und ihr Landtagskandidat Stefan Zimkeit werden dabei die wichtigen Impulse für Oberhausen setzen. Zusammen werden wir uns für mehr soziale Gerechtigkeit und für den Zusammenhalt in unserem Land einsetzen.

Wir werden weiter für die Entlastung von Familien kämpfen und dafür sorgen, dass die Kita-Gebühren in den Kernzeiten (30 Stunden) gestrichen werden. Und auch an anderer Stelle werden wir für Gebührenfreiheit sorgen: Meister wollen wir in ihrer Meisterausbildung komplett von Gebühren entlasten. Um Auszubildende zu unterstützen werden wir zudem ein Azubi-Ticket für Bus und Bahn einführen.

Wir werden im Sinne unserer Kommunen für einen Altschuldenfonds streiten und sie so weiter dabei unterstützen, ihre wichtigen Aufgaben vor Ort erfüllen zu können. Und wir werden nicht nachlassen, uns für gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne stark zu machen. Darum wollen wir die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung durchsetzen.

Am 14. Mai findet die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen statt. Schenken Sie uns Ihr Vertrauen und wählen Sie mit beiden Stimmen SPD.

Herzliche Grüße
Hannelore Kraft



Stefan Zimkeit und NRW-Familienministerin Christina Kampmann besuchen eine offene Ganztagsgrundschule.

Gleich gute Bildungschancen Mehr Geld für Kinder

NRW gibt heute knapp doppelt so viel Geld für die Kitas aus als noch im Jahr 2010. Stefan Zimkeit ist haushalts- und finanzpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Muss er als Haushälter nicht eigentlich darauf achten, zu sparen und das Geld zusammenzuhalten? „Manchmal schon“, lacht Zimkeit und bestätigt, dass bei schlecht begründeten Ausgabewünschen die Landtagskollegen bei ihm auf Granit stoßen. „Aber Sparen auf Kosten der Kinder? Das geht gar nicht“, wird Stefan Zimkeit ernst. „Kitas sind Bildungseinrichtungen. Nie ist der Euro besser investiert als im Kindergartenalter.“ Denn die Förderung müsse bei den Kleinsten beginnen.

„Gleich gute Chancen für alle Kinder“, das ist das wichtigste politische Ziel, für das sich Stefan Zimkeit engagiert. „Der Bildungserfolg darf weder vom Geldbeutel noch vom Schulabschluss der Eltern ab-

hängen.“ Als Sohn einer Verkäuferin und eines gelernten Schlossers hat er als Erster in seiner Familie studieren können. Das Abitur hat er an der Gesamtschule Osterfeld gemacht und dabei von der sozialdemokratischen Bildungspolitik für mehr Chancengleichheit profitiert.

Bei vielen Kindern müsse sehr viel früher mit Bildung und Förderung angesetzt werden, ist Stefan Zimkeit überzeugt. „Gerade in sozial benachteiligten Stadtteilen fehlt es vielen Kindern an wichtigen Anregungen.“ Deshalb hat der SPD-Abgeordnete mit dafür gesorgt, dass landesweit ein Viertel aller Kitas besonders viel zusätzliches Personal bekommt. „Das ist gut für Oberhausen. 22 unserer Kindergärten können sich jetzt ‚plusKita‘ nennen, denn sie bieten mit ihren Fachkräften zusätzliche Förderung an.“

Vorwürfe, diese ungleiche Verteilung von Finanzmitteln sei ungerecht, weist der SPD-Finanzex-

perte zurück. „Das Gegenteil ist der Fall.“ Eine Kita im noblen Düsseldorf-Kaiserswerth habe eine ganz andere Ausgangssituation. „Ungleiches muss ungleich behandelt werden“, betont Zimkeit, der seit 2010 dem für die Kitas zuständigen Landtagsausschuss angehört.

Vorschläge der Düsseldorfer CDU/FDP-Opposition, dass sich die Eltern mehr an der Kita-Finanzierung beteiligen müssen, hält Stefan Zimkeit genauso wie die Einführung von Studiengebühren für falsch. „Bildungseinrichtungen müssen kostenfrei sein. Deshalb hat die SPD-geführte Landesregierung in einem ersten Schritt dafür gesorgt, dass das letzte Kindergartenjahr gebührenfrei ist.“ Hannelore Kraft hat jetzt versprochen, dass künftig sämtliche Kita-Jahre bis zu 30 Stunden wöchentlich nichts kosten. „Damit entlasten wir viele Familien“, unterstützt der Finanzpolitiker Zimkeit den Vorschlag seiner Ministerpräsidentin. ■

SPD kämpft für mehr Steuergerechtigkeit Steueroasen national und international austrocknen

Stefan Zimkeit hat sich im Landtag dafür ausgesprochen, Steueroasen nicht nur international, sondern auch national auszutrocknen. „Steuern müssen da gezahlt werden, wo sie erwirtschaftet werden“, sprach Zimkeit die Verlagerung von Lizenz- und Patenteinnahmen in Städte wie Monheim an. Es sei ein Skandal, dass Oberhausen dadurch Steuereinnahmen in Millionenhöhe verloren gehen, die vor Ort fehlen.

„Steuern müssen da gezahlt werden, wo sie erwirtschaftet werden“

Stefan Zimkeit

Ein von Wolfgang Schäuble (CDU) vorgelegter Gesetzentwurf, der Gewinnverschiebungen innerhalb von Unternehmen unterbinden soll, habe zu viele Schlupflö-

cher und ignoriere das Problem des innerdeutschen Steuerdumpings. „Abwarten und abtauchen statt konsequentes Handeln“, warf der SPD-Finanzexperte dem Bundesfinanzminister vor. Sein NRW-Pendant Norbert Walter-Borjans (SPD) habe sich den Ehrentitel „Robin Hood der Steuerzahler“ zu Recht verdient, während Wolfgang Schäuble eher auf der Seite des



NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin im Gespräch mit Hannelore Kraft und Stefan Zimkeit.

Sheriffs von Nottingham stehe, so Zimkeit.

„Steuerdumping bekämpfen, Steueroasen austrocknen, den Staat handlungsfähig halten und Steuerlasten gerecht verteilen“ – das sei ein Markenzeichen der NRW-SPD. „Wir wollen eine Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen“, betonte Stefan Zimkeit den Unterschied zu Steuervorschlägen anderer Parteien. Er hält es für ungerecht, dass Großverdiener von Kinderfreibeträgen oder der steuerlichen Absetzbarkeit von Spenden weit überdurchschnittlich profitieren.

Wahlversprechen, die 30 Milliarden Euro Steuerentlastung umfassen und von denen vor allem hohe Einkommen profitieren, hält Zimkeit für unverantwortlich. Runtergerechnet auf NRW würde das die Einsparung von 60.000 Landesbeamten bedeuten. „Sollen die bei der Polizei eingespart werden, bei Lehrerinnen und Lehrern oder bei der Steuerverwaltung?“, fragte Stefan Zimkeit die Oppositionsabgeordneten. ■

Stefan Zimkeit: Engagement für das dritte Gleis

Lärmschutz, Sicherheit und bessere Verbindungen

„Wir warten schon viel zu lange auf den Lärmschutz und auf zuverlässigere Zugverbindungen“, sagt Stefan Zimkeit zum Ausbau der Hollandstrecke. Der 52-jährige Abgeordnete weiß wovon er spricht. Denn er wohnt in Sterkrade, kaum 500 Meter von der Bahnlinie entfernt, und nutzt fast täglich die Regionalzüge von Abellio oder der Deutschen Bahn (DB). Ein eigenes Auto besitzt Zimkeit nicht. Bei schönem Wetter fährt er gelegentlich Motorrad, ansonsten ist er auf Bus, Taxi, Carsharing oder eben die Bahn angewiesen. Deswegen freut er sich nicht nur als Abgeordneter, der ein offenes Ohr für die Menschen in seinem Wahlkreis hat, über den Spatenstich für den Betuwe-Ausbau, sondern auch ganz persönlich.

„Das Zugangebot ab Sterkrade und Holten hat sich mit dem neuen RE 19 verbessert, weil er eine zweite stündliche Verbindung nach Düsseldorf herstellt und jetzt sogar bis in die Niederlande fährt“, stellt Zimkeit fest. „Aber immer wieder werden die Regionalzüge vom dichten Güterverkehr ausgebremst. Verspätungen und auch Zugausfälle plagen die Pendler viel zu oft.“

Die Ergänzung der bislang zweispurigen Linie um ein drittes Gleis komme eigentlich viel zu spät, „die Niederländer haben ihre Betuweroute schon seit zehn Jahren in Betrieb“. Stefan Zimkeit hatte sich nachdrücklich dafür eingesetzt, dass NRW den Bundesanteil an dem Streckenbau mit vorfinanziert. „Sonst müssten wir womöglich noch viel länger mit dem Baubeginn und auf den damit einhergehenden dringend notwendigen Lärmschutz warten.“ Dass dieser endlich kommen muss, gehört für ihn zu den Prioritäten, genauso wie optimale Sicherheitsvorkehrung an der Strecke. „Da darf nicht gespart werden.“

Etwa 70 Kilometer ist die Hollandstrecke zwischen Oberhausen und Emmerich lang. Der Ausbau wird mehrere Jahre dauern. Zim-

keit sieht auf die Arbeiten nicht nur mit einem lachenden, sondern auch mit einem weinenden Auge. Eingleisige Verkehrsführungen oder sogar Streckensperrungen könnten unerträgliche Konsequenzen für die Bahnkunden haben, befürchtet er. Deswegen hatte er die DB, Abellio, den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) sowie den Fahrgastverband Pro Bahn an einen Tisch geholt, um gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern aus Dinslaken und Sterkrade Mindestanforderungen zu diskutieren.

„Totalsperrungen müssen vermieden werden und eingleisige Streckenführungen sollten sich aufs Wochenende beschränken“, fordert Zimkeit, „und der Güterverkehr muss dabei über Venlo umgeleitet werden“. Damit es nicht bei unverbindlichen Ankündigungen bleibt, hat der SPD-Landtagsabgeordnete inzwischen einen Sieben-Punkte-Plan an die DB geschickt, der die Forderungen aus Sicht der Bahnkunden zusammenfasst. „Denn wir brauchen feste Regeln für die Baustellenzeit.“

Sorgen macht sich Stefan Zimkeit noch um den Bahnhof Sterkrade. Als er die ersten Pläne der DB gesehen hat, war er entsetzt. Zu eng und viel zu dunkel wäre der Tunnel zu den Bahnsteigen gewesen. „So genannte Angsträume müssen vermieden werden. Deswegen muss sich die DB bewegen und die Alternativvorschläge der Stadt Oberhausen berücksichtigen, die offene und helle Zugänge vorsieht.“ ■

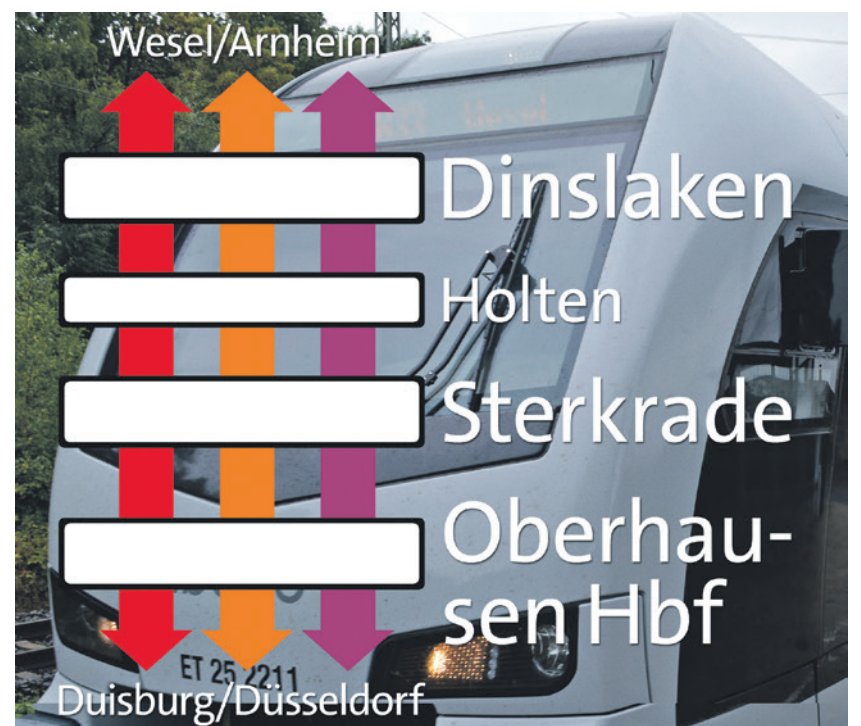
IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD Unterbezirk Oberhausen

Verantwortlich:
Antonio Scarpino (V.i.S.d.P.)

Anschrift:
Schwartzstraße 52,
46045 Oberhausen,
Tel. 0208 23334

Bilder: Harald Schrapers, Niels Meier-Gerdingh, Wolfgang Große Brömer, SPD Oberhausen, Joachim Bäumer



Kratzer am Prestigeprojekt

Probleme am Schacht IV – SPD vermittelt



Die SPD-Stadtverordnete Silke Jacobs erklärt dem WDR-Journalisten Volker Wix die Situation am Schacht IV.

Manche Träume entpuppen sich mit der Zeit als Albträume, das haben gerade schon viele Häuslebauer bitter erfahren müssen – so auch Familien, die sich für ein neues Heim am Prestigeprojekt Schacht IV entschieden haben: modernes Wohnen im Schatten eines restaurierten Förderturms, das hat sicherlich nicht nur für ausgemachte Ruhrgebietspatrioten seinen Reiz. Doch fortdauernde Bauverzögerungen, mangelhafte Kommunikation und weitere Mängel rund um das Projekt haben bei einigen der Neuanwohner die anfängliche Begeisterung deutlich abkühlen lassen. Nun, nach fast einem Jahr Verzögerung, ist ein glückliches Ende für die betroffenen Hausbesitzer zumindest in Sicht. Einen Anteil daran hat auch die SPD in Osterfeld.

Deren Stadtverordnete Silke Jacobs hatte eine zügige Fertigstellung des Bauprojekts Schacht IV angemahnt. In einem Schreiben an Detlef Herzmann, Geschäftsführer

der bauausführenden KLG Projektentwicklungs GmbH, beklagte Silke Jacobs die fortdauernde Bauverzögerung, die mangelhafte Kommu-

„Es ist gut, dass die Menschen jetzt eine Perspektive haben.“

Silke Jacobs

nikation des Unternehmens sowie weitere Mängel rund um das Projekt, die ihr von einer betroffenen Familie geschildert wurden. Sie forderte die Geschäftsführung auf, sich um eine schnellstmögliche Lösung dieser Situation zu bemühen und einen verbindlichen Zeitplan vorzulegen.

Die Familie, die im Bauprojekt Schacht IV ein Haus erworben hatte und sich schließlich an die Stadtverordnete wandte, hatte zu diesem Zeitpunkt schon so einiges hinter sich. Demnach seien den Käufern seit Baubeginn etwa sie-

ben bis acht Fertigstellungstermine genannt worden, keiner wurde eingehalten. Seit dem Frühjahr vergangenen Jahres lebte die Familie in einer Übergangswohnung in Alstaden und hatte persönliche Gegenstände und Möbel einlagern müssen. Zudem besuchte der Sohn bereits einen Kindergarten in der Nähe von Schacht IV, was einen hohen Aufwand an Zeit und Organisation bedeutete.

Im Herbst 2015 sei dem ersten, nur wenige Monate später dem zweiten Generalunternehmer gekündigt worden. Seitdem, so ein Vorwurf der betroffenen Familie, würden die Arbeiten dem Vernehmen nach von „ungelernten Hilfskräften“ nicht fachgerecht ausgeführt – dies sei bei der Dachdämmung auch gutachterlich bestätigt worden. Die Kommunikation mit der KLG gestalte sich für die Käufer sehr schwierig, Schreiben oder Mails blieben unbeantwortet, Verantwortliche seien telefonisch kaum erreichbar. „Für Gespräche, wie das Bauvorhaben schnellstens

zu einem guten Ende gebracht werden kann und die betroffenen Familien so wieder in eine normale Lebenssituation kommen können, stehe ich Ihnen gerne zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung“, schrieb die SPD-Stadtverordnete an die KLG.

Ein Gespräch mit dem Projektentwickler und der Osterfelder Bezirksvertretung hat für die Anwohner am Schacht IV schließlich ein gutes Ende gehabt: Bis Ende April, so die Zusage des Unternehmers, sollten alle Häuser übergeben worden sein – mit teils mehr als einem Jahr Verspätung. „Es ist gut, dass die Menschen jetzt eine Perspektive haben“, erklärt die Stadtverordnete Silke Jacobs.

Geplant hatte die Siedlung auf dem Gelände der maroden Schachtanlage IV der Zeche Oberhausen der Architekt und Oberhausener CDU-Vorsitzende Wilhelm Hausmann. Für Oberhausens Christdemokraten galt das Gelände auch stets als ein Beispiel gelungener Flächenentwicklung. ■

Wo bleibt Herr Hausmann?

2011, 2012, 2013 und 2014 – regelmäßig einmal im Jahr meldete sich Architekt Wilhelm Hausmann und fand in der Presse wohlmeinende Worte für „sein“ Projekt, die Baumaßnahmen rund um den Schacht IV.

2011: „Im August wurde bekannt, dass auf dem ... Gelände Wohnungen und Einfamilienhäuser entstehen sollen, darüber hinaus ist ein Pflegeheim für rund 80 Senioren geplant. Die Pläne dazu hat der Architekt und CDU-Parteivorsitzende Wilhelm Hausmann entworfen. Seit fünf Jahren arbeitet er daran. (...) Wir bekommen viele positive Rückmeldungen“, sagt Architekt Wilhelm Hausmann.“ (WAZ vom 07.10.2011)

2012: Nach dem ersten Wechsel des Investors äußert sich Wilhelm Hausmann: „Stadt und Investor arbeiten Hand in Hand.“ (WAZ vom 30.10.2012)

2013: In einer längeren Pressemitteilung kritisiert die CDU das rot-grüne 26-Punkte-Programm zur Stadtentwicklung als zu risikoreich, fordert stattdessen die Einbindung privater Investoren und stellt unter anderem fest: „... Die Bebauung von Schacht IV mit Wohnungen sei ein Projekt von CDU-Chef Hausmann.“ (WAZ vom 21.09.2013)

2014: Auf einer Wahlkampf-Bus-tour macht die CDU auch Station am



SPD-Fraktionschef Wolfgang Große Brömer

Schacht IV-Gelände. „Als gelungenes Beispiel für privates unternehmerisches Engagement in Oberhausen sieht Wilhelm Hausmann die Entwicklung auf dem denkmalgeschütz-

ten Gelände von Schacht IV in Klostherhardt.“ (WAZ vom 23.05.2014)

2015 und 2016? Fehlanzeige – keine Stellungnahmen von CDU-Chef Hausmann. Der Investor wechselt erneut, es gibt Probleme.

2017: Das Fernsehen berichtet über unzufriedene Käufer und offenbar vorhandene Baumängel. Bewohner nehmen Kontakt zur zuständigen SPD-Stadtverordneten Silke Jacobs auf. Sie kümmert sich und versucht, zwischen Käufern und Investor zu vermitteln und eine Problemlösung herbeizuführen.

Und Herr Hausmann?

Kulturpolitiker unterstützen Theater

Auf ihrer Klausur in den Räumen des Stadtarchivs an der Eschenstraße haben die Mitglieder des Arbeitskreises Kultur der SPD-Ratsfraktion über Ziele und Aufgaben ihrer politischen Arbeit in den kommenden Monaten diskutiert. Kulturpolitiker der Koalitionspartner von FDP und Grünen waren ebenso zu Gast wie Vertreter der städtischen Kultureinrichtungen.

Lars Henrik Gass, Leiter der Kurzfilmtage, konnte die Politiker gleich mit einem Rekord beeindrucken: Knapp 7000 Filme, so viele wie niemals zuvor, seien für die kommenden Kurzfilmtage eingereicht worden. Ermöglicht wurde dies auch durch die fortschreitende Digitalisierung, mit deren Folgen und Möglichkeiten sich nicht nur die Macher des angesehenen Festivals auseinandersetzen müssen: So reicht es heute, Beiträge lediglich per Online-Link einzureichen, was auch stark genutzt wird. Erreichten die Jury im vergangenen Jahr noch mehr als 1000 DVDs, so sei deren Zahl auf 140 gesunken, erklärte Gass.

Jürgen Hennemann, Verwaltungsdirektor des Theaters Oberhausen, konnte den Arbeitskreismitgliedern von einer „sehr, sehr guten“ Spielzeit berichten. Allerdings, so mahnte Hennemann, gebe es einen erheblichen Sanierungsbedarf, was die Bühnenanlagen und Technik des Hauses am Will-Quadflieg-Platz betrifft. Der kulturpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Manfred Flore, stellte angesichts der finanziellen Herausforderungen klar: „Unser Theaterbau, 1920 eröffnet und 1949 wiederaufgebaut, ist für die Kultur und die Bürger in Oberhausen ein Zentrum und ein Kleinod, das erhalten werden muss. Darum ist die rechtzeitige Sanierung von Bausubstanz und Technik zum Erhalt des Gebäudes unabdingbar und eine richtige Investition in die Zukunft.“

Gesa Reisz, Leiterin der Volkshochschule, skizzierte in ihrem Vortrag die Möglichkeit, mit dem Potenzial der VHS und der Stadtbibliothek aus dem Bert-Brecht-Haus ein „Bert-Brecht-Bildungszentrum“ entstehen zu lassen, dass den kommenden Anforderungen einer digitalisierten Bildungswelt Rechnung trägt. Angesichts dieser Entwicklung forderten die Arbeitskreis-Mitglieder, allen Kultureinrichtungen schnelles Internet zu ermöglichen.

Diskussionen über die künftige Ausrichtung der Gedenkhalle sowie über Kunst im öffentlichen Raum und die Entwicklung des Stadtarchivs rundeten die Klausur der Kulturpolitiker ab. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD Fraktion
im Rat der Stadt Oberhausen

Verantwortlich:
Joachim Bäumer (V.i.S.d.P.)

Anschrift:
Schwartzstraße 72
46045 Oberhausen
Tel. 0208 825 2104
buero@spd-fraktion-oberhausen.de

OGM-GUTACHTEN

Aufruf zu einer sachlichen Diskussion

In einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des OGM-Betriebsrates, Detlef Heweling, hat der geschäftsführende Vorstand der SPD-Ratsfraktion noch einmal den zentralen Eckpunkt für die weitere Auseinandersetzung mit dem KP-MG-Gutachten klargestellt.

„Grundlage für alle kommenden Überlegungen und Beschlüsse ist die zwingend erforderliche Absicherung der Arbeitsplätze der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“, betont Fraktionschef Wolfgang Große Brömer. „Dabei geht es uns nicht nur um den Arbeitsplatz selbst, sondern es muss einen verlässlichen Bestandsschutz geben. Voraussetzung ist, dass keine Arbeitnehmerin, kein Arbeitnehmer durch eine eventuelle Neuordnung der OGM schlechtergestellt werden darf.“

„Sprüche wie ‚Zerschlagung der OGM‘ provozieren nur und machen eine sachliche Auseinandersetzung unmöglich.“

Sonja Bongers
stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Sonja Bongers, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, fordert darüber hinaus eine faire Diskussion: „Sprüche wie ‚Zerschlagung der OGM‘ provozieren nur und machen eine sachliche Auseinandersetzung unmöglich.“

Außerdem müsse die Transparenz der Beratung gewährleistet werden. Dazu gehöre auch notwendigerweise eine wirksame Einbindung des OGM-Betriebsrates in das anstehende Beratungsverfahren.

Den zukünftigen Beratungsprozess wollen die Sozialdemokraten auf der Basis von grundlegenden Fragestellungen gestalten.

Wie können überflüssige Steuerbelastungen vermieden werden? Wie lassen sich die Abläufe zwischen der Kernverwaltung und der OGM organisatorisch optimieren? Wie können Doppelstrukturen bei OGM und Kernverwaltung abgebaut werden? Wie kann die Kernkompetenz der OGM, das Immobilien- und Gebäudemanagement, gestärkt und weiter ausgebaut werden?

Die SPD-Fraktion geht dabei von einem zeitlich sehr aufwändigen Diskussionsbedarf aus. Schnellschüsse werden prinzipiell ausgeschlossen.

„Wir werden uns einer Diskussion über eine neue Zukunft der OGM nicht verschließen, wir werden sie aber äußerst gründlich und sachgerecht führen“, verspricht Wolfgang Große Brömer, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion. ■

Gemeinsam für die beste Lösung

SPD unterstützt Bürgerinitiative beim Autobahnkreuz



Das Autobahnkreuz Oberhausen soll umgebaut werden, Anwohner und Wald sollen dabei möglichst wenig belastet werden.

Bild: Google Earth

„Es ist gut, wenn Regierung, Politik und Bürgerinitiative gemeinsam einen tragfähigen Kompromiss finden, um beim Umbau des Oberhausener Kreuzes möglichst wenig in den Sterkrader Wald einzugreifen“, so das Fazit von Stefan Zimkeit. Der Abgeordnete hatte die Bürgerinitiative Dunkelschlag, die sich für einen maßvollen Umbau des Autobahnkreuzes Oberhausen einsetzt, und Verkehrsminister Mike Groschek in sein Büro im Düsseldorf-Landtag eingeladen.

Er wies darauf hin, dass NRW beim Autobahnbau lediglich Auftragnehmer sei und sich an die Regelwerke des Bundes halten muss. Stefan Zimkeit betonte, dass das Land dabei auf der Seite der Bürgerinnen und Bürger stehe. „Wenn es bauliche Alternativen gibt, die technisch und rechtlich machbar sind, dann müssen sie durchgeführt werden.“

Nachdem der südwestliche Teil des AK Oberhausens die waldschonendere Modifizierung („Variante 4 plus“) erhalten soll, hat die BI nun

auch noch einen Vorschlag für den nordwestlichen Teil unterbreitet. Die Tangente von Arnheim nach Köln soll waldschonender und damit sogar kostengünstiger gebaut werden.

„Der neue zweispurige Zubringer Arnheim/Köln soll nicht wie ursprünglich geplant neben der alten Tangente in den Wald gebaut werden“, erläuterte Thomas Vermaßen die von der BI ausgearbeitete „Variante 4 plus plus“. Diese sieht vor, stattdessen die zweite Fahrspur in-

nerhalb des Kreuzes zu bauen.

Bei ihrem Besuch in der SPD-Ratsfraktion lobte deren umweltpolitischer Sprecher, Manfred Flore, ebenfalls die sachliche Herangehensweise der Bürgerinitiative. „Sie haben hervorragende Arbeit geleistet. So klappt dann auch das Zusammenspiel einer Initiative und der Politik.“ Das Lob wurde von den BI-Vertretern zurückgegeben. „Wir sind von der SPD toll in unserer Arbeit unterstützt worden“, erklärte Jörk Lutz. ■

„Wir sind von der SPD toll in unserer Arbeit unterstützt worden“

Jörk Lutz
Gründer Bürgerinitiative Dunkelschlag

„Von unserer Seite sind wir sehr zufrieden, eine Lösung gefunden zu haben“, sagte Jörk Lutz, der mit Monika Backhaus und Thomas Vermaßen sowie dem SPD-Stadtverordneten Klaus Kösling nach Düsseldorf gekommen war. „Autobahnkreuze sind ein Stauherd“, so Lutz, weshalb sich auch die Bürgerinitiative (BI) einem generellen Ausbau nie verschlossen hatte. Allerdings hätten die ersten Vorschläge von Straßen NRW einen viel zu großen Eingriff in den Sterkrader Wald bedeutet. „Deshalb haben wir eigene Vorschläge entwickelt“, so Lutz, „die vom Land aufgegriffen wurden“.

„Frühzeitige Bürgerbeteiligung ist eine echte Planungsbeschleunigung“, stellte Mike Groschek fest.



Mitglieder der Bürgerinitiative stellten in Düsseldorf Verkehrsminister Mike Groschek ihre Pläne vor. Das Bild zeigt (v.l.) SPD-Stadtverordneter Klaus Kösling, Thomas Vermaßen (BI), Verkehrsminister Mike Groschek, Jörk Lutz, Monika Backhaus (beide BI) und den Landtagsabgeordneten Stefan Zimkeit.



Keine Heizung im Winter: An der Mülheimer Straße herrschen teils unzumutbare Bedingungen.

Keine Schrottimmobilien dulden

SPD macht politisch Druck gegen unseriöse Hausbesitzer

Angefangen hatte es im vergangenen Winter, als die SPD-Ratsfraktion ein Hinweis aus der Fasia-Jansen-Gesamtschule erreichte: Kinder aus einer Flüchtlingsfamilie hatten in der Schule erzählt, dass die Heizungen in ihren Wohnungen trotz eisiger Kälte nicht funktionierten. Überhaupt, so ergaben weitere Recherchen, seien die Zustände in dem Haus an der Mülheimer Straße erbärmlich: fehlende Heizungen in machen Räumen, Schimmelbefall, lose Kabel.

Schrottimmobilien wie diese, in denen oft die sozial Schwachen leben müssen – seien es Flüchtlinge oder Hartz-IV-Bezieher – sind in Oberhausen ein Problem: Im vergangenen Jahr ist die Stadt mehr als 230-mal wegen Wohnmängeln aktiv geworden. Opfer der teils unzumutbaren Zustände sind oft genug diejenigen, die sich nicht wehren können oder zumindest nicht wissen, wie sie sich gegen einen Vermieter in einem solchen Falle zu Wehr setzen müssen.

Im Falle des Problemhauses an der Mülheimer Straße zum Beispiel hatte es sich genau so verhalten: Der Vermieter hatte offenkundig darauf gesetzt, dass Mieter mit Migrationshintergrund über ihre Rechte als Mieter in Deutschland nicht sonderlich gut Bescheid wissen und erst recht nicht auf diese Rechte pochen. Besonders pikant in diesem Falle ist die politische Gesinnung des Vermieters. Hinter der Firma, die auch aktuell noch freie Wohnungen in dem Objekt mit einem großen Transparent bewirbt, steckt der Unternehmer Ralf Nienaber.

Der Dinslakener Ralf Nienaber sitzt für die AfD als sachkundiger

Bürger im Rechnungsprüfungsausschuss des Weseler Kreistags, im Ausschuss für Bauen und Abfallwirtschaft ist er stellvertretendes Mitglied. Zudem ist Nienaber Autor eines Buches mit dem Titel „Geplanter Untergang“, in dem er mit der Flüchtlingskrise und ihrer Bewältigung in seinen Augen „abrechnet“: „Über die Kosten und Probleme der unkontrollierten Masseneinwanderung von oft nicht integrierbaren Menschen ließ sie (Bundeskanzlerin Merkel) alle im Unklaren“, heißt es in einer Buchbeschreibung. Wenn allerdings hohe Kosten entstehen, weil Menschen in den unwürdigen Unterkünften seines Unternehmens-

konstrukts hausen, scheint der Dinslakener kein Problem damit zu haben...

„Nun ist die entscheidende Frage, was die Stadt tun kann, um das Abzocken von finanziell schwachen Menschen und Flüchtlingen zu verhindern“, erklärt der SPD-Fraktionschef Wolfgang Große Brömer. Die Oberhausener SPD hat die Situation im Blick und will nicht zulassen, dass der Druck auf die Vermieter solcher Schrottimmobilien nachlässt.

Das gilt übrigens nicht nur für verfallene Häuser, in denen Menschen leben, sondern auch für regelrechte Ruinen, die nicht nur das Stadtbild verschandeln – etwa an der Jagdstraße. „Die Stadt muss dort tätig werden, damit endlich eine Entscheidung fällt“, sagt Große Brömer mit Blick auf die Ruinen nahe der Essener Stadtgrenze. 2009 sind die Häuser verkauft worden, eine Baugenehmigung lag auch vor – passiert ist allerdings nichts. Besitzer dieser Häuser ist: Ralf Nienaber. ■

„Nun ist die entscheidende Frage, was die Stadt tun kann, um das Abzocken von finanziell schwachen Menschen und Flüchtlingen zu verhindern“

Wolfgang Große Brömer, SPD-Fraktionsvorsitzender



Nichts tut sich an den Häusern an der Jagdstraße. Die sind bereits 2009 von der Stadt verkauft worden, die Gebäude verfallen zusehends. Die SPD will das nicht hinnehmen.



MAN

Betriebsrat und Vorstand einigen sich

„Natürlich kann man am Ende mit der Situation nicht ganz zufrieden sein, schließlich verlieren wir hier am Standort Arbeitsplätze.“ Helmut Brodrick, Betriebsratsvorsitzender beim MAN Turbo und Stadtverordneter der SPD, macht aus seinem Herzen keine Mördergrube, wenn er über die Einigung des MAN-Vorstandes und des Betriebsrates spricht. Zur Wahrheit gehört aber auch: Es ist gelungen, betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden.



„Ich hoffe, dass wir den Arbeitsplatzabbau so auch sozialverträglich erreichen können“

Helmut Brodrick

Betriebsratsvorsitzender beim MAN Turbo und Stadtverordneter der SPD

Zur Erinnerung: Im Herbst des vergangenen Jahres hatte MAN angekündigt, mehr als 300 Arbeitsplätze im Sterkrader Werk abbauen zu wollen. Nach monatelangen Verhandlungen ist nun ein Kompromiss gefunden, der für die Arbeitnehmer deutlich besser ist, aber dennoch schmerzt: 164 Jobs werden in Sterkrade abgebaut. Über Altersteilzeit, höhere Abfindungen bei schneller Entscheidung und Arbeitsplatzwechsel im Gesamtkonzern VW soll dies erreicht werden. „Diese Konditionen sind uns wichtig gewesen“, erklärt Helmut Brodrick. „Ich hoffe, dass wir den Arbeitsplatzabbau so auch sozialverträglich erreichen können.“

Dennoch sieht der Betriebsratsvorsitzende nicht darüber hinweg, dass in unserer Heimat Jobs verloren gehen. „Darum fällt es mir auch schwer, hier von einem Erfolg zu sprechen. Der Abbau von Arbeitsplätzen ist schließlich niemals gut.“ Wenn man allerdings bedenkt, dass anfangs noch mehr als 300 Arbeitsplätze in Sterkrade zur Disposition standen, erscheint das Ergebnis akzeptabel.

Wichtig ist auch vor dem Hintergrund, dass in Sterkrade auch weiterhin ausgebildet wird. „Wenn es bisher so war, dass wir jeden Auszubildenden auch übernommen haben, bilden wir jetzt über Bedarf aus“, erklärt Helmut Brodrick. Als er in der März-Sitzung des Rates über das Verhandlungsergebnis berichtet hat, konnte er aus dem Gremium den Dank der Ratsmitglieder für den Einsatz für die Beschäftigten am Standort mitnehmen. ■

Sozialdemokraten wollen Klarheit bei Parkplätzen

Für die nächste Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderung hat die Koalition aus SPD, Grünen und FDP zwei Anträge eingereicht, die sich mit der Parkplatzsituation für behinderte Verkehrsteilnehmer am Centro und am Luchs-Center befassen. Im Zuge von Umbauten in der Neuen Mitte „scheint es, als würden die Schwerbehindertenparkplätze verschwunden sein“, heißt es in dem Antrag. Klaus Kösling, Sprecher der SPD im Beirat, erklärt die gesetzliche Situation: „Es reicht nicht, wenn ein Behindertenparkplatz auf dem Boden markiert ist. Es muss auch ein Schild aufgestellt werden, sonst handelt es sich nicht um einen regulären Behindertenparkplatz.“

Am Luchs-Center sind die Probleme mit den fehlenden Behindertenparkplätzen nicht neu: Die Schaffung solcher Parkplätze ist dem Beirat von einem Vertreter der Hahn-Gruppe, die das Einkaufszentrum betreibt, zugesagt worden – im April 2015.

Selbsternanntes „Bürgerbündnis“ zerlegt sich weiter

Oh, wie groß waren doch die Hoffnungen, die geweckt wurden! Man wolle ein breites Bündnis aller Bürger, hieß es noch im Kommunalwahlkampf 2014. Gegen die angeblich verkrusteten und bürgerfernen „Alt“-Parteien wolle man frischen Wind ins Rathaus bringen und endlich die echten, die wahren Bürger zu Wort kommen lassen.

Wie schön war doch die Welt, die damals gemalt wurde! Man schützte den Osterfelder Volksgarten vor der angeblichen Totalabholzung – was tatsächlich nie geplant war. Man rettete das alte Jugendzentrum am John-Lennon-Platz vor dem Abriss – für das schon längst ein Ersatz im Stadtzentrum vorbereitet war. Heute würde man von „alternativen Fakten“ sprechen, aber im Kommunalwahlkampf reichte es für die selbsternannten Hoffnungsträger der Kommunalpolitik, BOB zog in den Rat ein.

Bereits wenige Wochen nach der Wahl drohte der Fraktionsvorsitzende Mellis mit seinem Rücktritt. Dann kam die Abspaltung von zwei Mitgliedern – neben BOB gab es nun noch BLOB. An der politischen Praxis änderte sich dadurch aber überhaupt nichts. Politische Initiativen, Ideen, neue Vorschläge zur Verbesserung der Haushaltssituation? Fehlanzeige! Stattdessen Kungelei in Hinterzimmern und Pöstchenjagd – also genau das, was man ja eigentlich verhindern wollte!

Nun hat sich die Restfraktion von BOB durch den Austritt eines Mitglieds weiter zerlegt. Aus BOB wurde „Böbchen“, BLOB und eine einzelne Ratsmitgliedschaft. Die politische Konkurrenz könnte sich jetzt klammheimlich amüsieren – wenn es nicht so traurig wäre: Durch die zwingende Zahlung an nun zwei Gruppen und ein Einzelmitglied haben sich die fünf ehemaligen Mitglieder der BOB-Fraktion wohl zu den teuersten Ratsmitgliedern in der Oberhausener Geschichte entwickelt. ■

Für eine saubere Stadt

Neue Papierkörbe und ein Mülltonnen-Feldversuch: Es tut sich was

Im Herbst des vergangenen Jahres hat die Rats-Koalition aus SPD, Grünen und FDP einen umfassenden Antrag auf den Weg gebracht, der die Sauberkeit in Oberhausen verbessern und für mehr Gebührengerechtigkeit sorgen soll. Mittlerweile, ein gutes halbes Jahr später, sind bereits etliche Vorschläge und Ideen aus diesem Antrag, der im Rat der Stadt eine breite Mehrheit gefunden hatte, in der Umsetzungs- oder Erprobungsphase.

So wird nach der positiven Resonanz der Versuch mit Hundekot-Tütenspendern, die am Blücherplatz aufgestellt worden sind, sukzessive ausgeweitet. Doch es wird sich in den kommenden Monaten noch einiges mehr im Stadtbild ändern: Einem einheitlichen Gestaltungskonzept folgend werden nach und nach neue Papierkörbe mit Behältern für Zigarettenkippen auf der Marktstraße aufgestellt. Auch hier gilt: Wenn sich die Maßnahme bewährt, wird sie ausgeweitet.

Auch was die so genannten „Unterflurlösungen“, also Mülltonnen, die im Boden versenkbar sind, angeht, ist die WBO bereits tätig. „Es ist schwierig, solche Müllbehälter im öffentlichen Raum, etwa auf der Marktstraße, aufzustellen, da der Verlauf von unterirdischen Leitungen zu beachten ist“, erklärt WBO-Geschäftsführerin Maria Guthoff. Aktuell sondiere man den Markt, schaue sich in Kommunen mit solchen Unterflurlösungen um und bereite – ähnlich wie anfangs bei den Hundekot-Tütenspendern – einen Feldversuch auf Oberhausener Stadtgebiet vor, dem bei positivem Ausgang dann weitere Standorte folgen könnten.

Manfred Flore, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion, begrüßt diese Fortschritte. „In Sachen Sauberkeit musste in Oberhausen dringend etwas passieren“, erklärt er. „Die Politik hat nun etliches auf den Weg gebracht, aber es wird sich noch viel mehr tun müssen“, weiß Flore. „Denn es ist ja leider so: Wenn irgendwo Dreck und Müll liegt, kommt schon bald welcher dazu.“ Deshalb sei es so wichtig, in der Frage der Sauberkeit der Stadt permanent am Ball zu bleiben.



Neue Papierkörbe mit einem Behälter für Zigarettenkippen stehen nun entlang der Marktstraße

Bei der WBO geschieht dies bereits – manchmal auch erst im kleinen Feldversuch, der bei Erfolg dann ausgeweitet wird. So etwa auch bei den so genannten Pfandringen: An zunächst drei Standorten sind Mülleimer mit solchen aufgestellt worden. Wie der Name schon verrät, können Passanten dort ihre Pfandflaschen reinstellen, Flaschensammler können

diese dann einfach aus dem Ring nehmen und müssen nicht in dem Abfallbehälter – oder vielleicht sogar im nächsten Gebüsch – nach dem Pfandgut suchen. Wenn die Oberhausener fleißig mitmachen und diese Möglichkeit auch nutzen, werden in Zukunft deutlich mehr Pfandringe im Oberhausener Stadtgebiet zu sehen sein. Wichtigster Punkt auf dem Weg zu einer

sauberen Stadt ist allerdings nach wie vor eines: Die Bürgerinnen und Bürger müssen mitmachen wollen. „Generell müssen wir weg vom Denken ‚Lass die mal machen‘ hin zu ‚Lass uns gemeinsam dafür sorgen‘. Wir brauchen eine Mentalität, wie sie bei den Super-Sauber-Oberhausen-Aktionen spürbar und sichtbar wird“, so der SPD-Stadtverordnete Manfred Flore. ■



Manfred Flore
umweltpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion

Die Schulen fit für die Zukunft machen

Schnelles Internet, besserer Ganztag: Landesprogramme machen's möglich

Gemeinsam mit ihren Koalitionspartnern haben die Oberhausener Sozialdemokraten einen Antrag unter dem Motto „Gute Schule auf den Weg bringen“ gestellt: Noch vor der Sommerpause soll die Verwaltung eine Gesamtplanung der Verteilung der zur Verfügung stehenden Fördermittel erstellen und den Ratsgremien zur Beratung und Beschlussfassung vorlegen.

Erste Priorität soll dabei die Berücksichtigung der im Bildungsplan beschlossenen Maßnahmen erhalten. Darüber hinaus soll die Verteilung der Fördermittel nach sozialen und pädagogischen Kriterien erfolgen. Ein mit den Schulen

abgestimmtes Ausbauprogramm soll helfen, die Situation im offenen Ganztag zu verbessern. „Das

„Das Programm der offenen Ganztagsgrundschule ist ein großer Erfolg mit ständig wachsender Nachfrage“

Wolfgang Große Brömer
SPD-Fraktionsvorsitzender

Programm der offenen Ganztagsgrundschule ist ein großer Erfolg mit ständig wachsender Nachfrage“, erklärt SPD-Fraktionschef Wolfgang Große Brömer. Um die Qualität der Angebote auch in Zukunft zu sichern, würden dringend zusätzliche Räumlichkeiten benötigt, insbesondere für die Versorgung mit Mittagessen, erklärt der Vorsitzende des Schulausschusses.

Ein weiterer Unterpunkt des umfassenden Schulentwicklungsantrags befasst sich mit dem Thema Digitale Bildung: Jeder Schulstandort soll möglichst rasch mit dem schnellen Internet verbunden werden. Zudem fordert die Politik eine konkrete Ausbau-

planung mit WLAN und digitalen Endgeräten auf der Grundlage der pädagogischen Medienkonzepte der Schulen. Nach der Erstellung einer konkreten Finanzbedarfsplanung, die sämtliche durch die Landesförderprogramme KIF und Gute Schule 2020 zu realisierende Maßnahmen enthält, könnte dann schließlich die Machbarkeit eines stadt eigenen Breitbandnetzes geprüft werden. „Auf die Oberhausener Bildungslandschaft kommen gewaltige Herausforderungen zu“, verspricht Wolfgang Große Brömer. Diese könnte die Stadt nur mit den 30 Millionen Euro bewältigen, die sie aus den Landesprogrammen dafür erhält. ■



Martin Schulz

Foto: Photothek

Schulz-Effekt erreicht Oberhausen

Eintrittswelle, Euphorie: SPD spürt klaren Rückenwind

Hohe Energie. Ohne Bremsen. Gottkanzler. Was absurd klingt, ist Ausschlag der Begeisterung um den designierten Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten Martin Schulz im Internet. Dieser schafft es, verloren geglaubte Wähler und junge Erwachsene endlich wieder anzusprechen. Die SPD ist nicht nur im Umfragehoch, sondern in einer Aufbruchsstimmung die allgegenwärtig zu vernehmen ist.

Der gelernte Bibliothekar und spätere Oberbürgermeister aus Würselen bei Aachen spricht dabei in einer anderen Klangfarbe: europäisch, solidarisch und nicht verle-

gen, Fehler der Vergangenheit zu korrigieren. Denn er weiß wovon er spricht: Er kommt aus der Kommunalpolitik und weiß, dass die vielgescholtenen europäischen Institutionen Garant für Freiheit und Demokratie sind. Gerade diese Bodenständigkeit und die Durchbrechung des Schwarzen-Peter-Spiels an Brüssel spricht die Jugend wieder an!

Kometenhaft ist der Aufstieg der SPD in Umfragen, in denen die CDU ihren fast uneinholbar scheinenden Vorsprung gänzlich verloren hat.

Auch der Oberhausener Politnachwuchs war jüngst über ein Wochenende zur Jugendkonferenz

nach Berlin eingeladen. Martin Schulz begeisterte. Nicht nur, dass er den Austausch mit der Jugend

„Martin Schulz wird konkret“

Tim Tzscheppan,
Vorsitzender der Jusos Oberhausen

und deren Hoffnungen und Herausforderungen suchte, er bringt auch einen anderen Wind mit nach Berlin. „Martin Schulz wird konkret. Er steht für den Wunsch der Jugend nach einem gerechten Europa und packt längst überfällige Themen wie die Ehe für Alle und Korrekturen an den Agenda-Reformen

endlich an. Durch die Partei geht ein Ruck. Die Jugend ist begeistert“, resümiert der Oberhausener Juso-Vorsitzende Tim Tzscheppan.

Auch die Eintrittswelle erreicht Oberhausen: Dazu wird eine erneute Auflage der Kommunalakademie zurzeit geplant, bei der Neumitglieder und junge Genossinnen und Genossen eine Einführung in die Grundthemen der Kommunalpolitik erhalten und spannende Gäste ihre Eindrücke aus ihrem politischen Werdegang und den Herausforderungen moderner Politik und Verwaltung schildern. So geht's auch in Oberhausen mit hoher Energie und ohne Bremsen ab! ■

NEUES AUS DEN ORTSVEREINEN

Zu Beginn des Superwahljahres 2017 gab es viele Wechsel an der Spitze der SPD-Ortsvereine in Oberhausen. Die Jahreshauptversammlungen hier in Kürze notiert:

Den Ortsverein Oberhausen-Mitte führt fortan der Diplom-Designer und Fotograf **Axel J. Scherer**. Ihm zur Seite steht in Zukunft ein Vorstand, der sich schwerpunktmäßig um Organisatorisches kümmern soll, sowie eine inhaltlich-arbeitende und offene Netzwerkgruppe. Zur Stellvertreterin wurde **Nagihan Erdas** gewählt. Die Arbeit unterstützten Geschäftsführer **Joachim Bäumer** sowie Kassiererin **Andrea Samotta**.

Den Ortsverein Oberhausen-West leitet in Zukunft die Juristin **Sandra Jungmaier**. Zu Stellvertretern wählten die Genossen die Landtagskandidatin **Sonja Bongers** und erstmals **Ralf Bohnes**. **Sascha Böhle** bekommt als Kassierer künftig Unterstützung von **Michael Fendrich**, der Nachfolger von Heinz-Werner Bruns wird. Als Schriftführer wurde neben **Alexis Heitmann** **Gionatan De Castro** ins Amt gewählt.

Der Ortsverein Oberhausen-Ost wird zukünftig vom 28-jährigen Politologen und ehemaligen Juso-Vorsitzenden **Maximilian Janetzki** geleitet. Tatkräftig unterstützt wird dieser von den Stellvertretern **Yannah Werner** und **Andreas Werdelmann** sowie den Kassierern **Dennis Lotz** und **Horst Wolter** und Geschäftsführerin **Jennifer Nink**.

Der Ortsverein Osterfeld wählte auf seiner Jahreshauptversammlung **Thorsten Kamps** an seine Spitze. Unterstützt wird er von der Stellvertreterin **Helga Grothe**, sowie Geschäftsführer **Olaf Hinkemeyer**, Schriftführerin **Marion Kaltmann** und den Kassierern **Karl-Heinz Steffan** und **Ulrike Korbar**.

Im Amt des Ortsvereinsvorsitzenden bestätigt wurde im **Ortsverein Sterkrade-Süd** **Jörg Schroer**. Die **Ortsvereine Sterkrade Nord**, sowie **Alsfeld-Holten** hatten bereits im vergangenen Jahr ihre Wahl-Jahreshauptversammlungen.

Auf ein Gespräch mit dem Robin Hood der Steuerzahler

Finanzminister Norbert Walter-Borjans besucht die SPD-Landtagskandidaten

„Eine Ruhrgebietsstadt wie Oberhausen ist ganz besonders darauf angewiesen, dass es bei der Verteilung von Finanzmitteln gerecht zugeht“, sagte Stefan Zimkeit zu Beginn der Veranstaltung „Steuern sparen macht keinen Spaß, aber Sinn“.

Der Landtagsabgeordnete begrüßte dazu NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans, den er mit dessen Ehrentitel „Robin Hood der Steuerzahler“ ankündigte. „Der Name Robin Hood gefällt mir“, sagte Walter-Borjans und erinnerte sich an die ersten CDs, die er mit den schweizerischen Kontodaten von Steuerbetrügnern angekauft hatte. „Hehlerei“ habe man ihm damals vorgeworfen, obwohl er nichts Unmoralisches getan hat. Der SPD-Minister freut sich, dass er diese Vorwürfe heute nicht mehr hören, sondern stattdessen für sein

konsequentes Handeln gelobt wird.

Finanzpolitik kann unterhaltsam sein – zumindest wenn Norbert Walter-Borjans sie erklärt und von den unmoralischen Praktiken schweizerischer Banken, seinem Einsatz für ein lesbareres Druckbild von Steuerbescheiden und den nach Holland zu überweisenden Lizenzgebühren für Starbucks-Kaffeerezepte erzählt. Steueroasen sind dem Minister aber nicht nur im Ausland ein Dorn im Auge, sondern auch dann, wenn sie im rheinischen Monheim liegen.

„Persönlich am Herzen liegt mir – obwohl das Land schon sehr viel aus gibt –, noch mehr in die



Norbert Walter-Borjans sprach in Oberhausen über Finanzpolitik.

Bildung zu investieren“, sagte SPD-Landtagskandidatin Sonja Bongers in der Diskussionsrunde – und zwar nicht nur in Kitas und Schulen, sondern auch in die Weiterbildung oder in die Qualifikation alleinerziehender Mütter.

„Wir haben keine Lust mehr, mit unseren Steuern Dinge zu bezahlen, die der Bundestag beschließt“, vertrat Dinslakens Bürgermeister Michael Heidinger die Position der Ruhrgebietskommunen. Er forderte, dass auch im Bund das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“ in der Verfassung verankert wird. In Nordrhein-Westfalen gelte das bereits.

Der Ruf des Finanzbeam-

ten sei in den letzten fünf Jahren besser geworden, und das hänge mit dem von NRW betriebenen

„Die Bürger haben mehr Verständnis für Steuereinnahmen, wenn sie das Gefühl haben, dass es gerecht zugeht“

Manfred Lehmann, Landesvorsitzender der Deutschen Steuergewerkschaft

Ankauf der Steuer-CDs zusammen, sagte Manfred Lehmann, Landesvorsitzender der Deutschen Steuergewerkschaft. „Die Bürger haben mehr Verständnis für Steuereinnahmen, wenn sie das Gefühl haben, dass es gerecht zugeht.“ ■

„In Zeiten wie diesen braucht unsere Demokratie jede Stimme.“

Im Gespräch: Die SPD-Landtagskandidatin Sonja Bongers über den Wahlkampf, ihre Themen und was ihr besonders wichtig ist

Sonja, wir stehen kurz vor Beginn der heißen Phase des Landtagswahlkampfes. Wie viele Veranstaltungen hast du als SPD-Kandidatin für Alt-Oberhausen und Osterfeld mittlerweile absolviert?

Es gab bisher weit über ein Dutzend Veranstaltungen in den beiden Stadtteilen. Und es werden jetzt von Woche zu Woche mehr. Mein Kalender von April bis zum Wahlsonntag am 14. Mai ist jedenfalls rappellvoll mit Terminen. Und so soll das ja auch sein. Ich freue mich jedenfalls auf alle Begegnungen und Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern, sei es im Straßenwahlkampf oder in den zahlreichen Veranstaltungen, die noch vor mir liegen. Ich will jede Gelegenheit nutzen, um möglichst vielen Menschen meine sozialdemokratischen Werte, Überzeugungen und politischen Angebote auch persönlich näher zu bringen.

Welche Themen sind den Leuten denn zurzeit besonders wichtig? Worauf wirst du regelmäßig angesprochen?

Große Themen sind die Arbeitslosigkeit und die vielen Zeitverträge in den Betrieben. Hinzu kommen die Existenzsorgen von Menschen über 50 und von Alleinerziehenden. Hier spürt man immer wieder, dass unsere Stadt wirtschaftlich nach wie vor großen Nachholbedarf hat. Natürlich werde ich auch immer gerne mal auf den baulichen Zustand mancher Straßen oder Mängel bei der Sauberkeit im öffentlichen Raum angesprochen.

Aber Schlaglöcher in den Straßen oder die Müllbeseitigung fallen doch eher in die Zuständigkeit der Stadt?

Stimmt! Aber die Bürgerinnen und Bürger trennen ja nicht unbedingt zwischen kommunalen oder landespolitischen Themen. Ihr unmittelbares Lebensumfeld im Stadtteil, die sprichwörtliche Heimat vor der Haustüre, die ist ihnen besonders wichtig. Und wir erleben doch oft: Wo das bauliche Umfeld und die sozialen Strukturen halbwegs stimmen, fühlen sich die Menschen wohl. Dann identifizieren sie sich mit ihren Stadtteilen, übernehmen Verantwortung und das Wir-Gefühl wächst. Auch deshalb ist es so wichtig, dass wir



Die gebürtige Oberhausenerin Sonja Bongers kandidiert am 14. Mai in Alt-Oberhausen und Osterfeld für den Landtag von NRW. Sie ist 40 Jahre alt und arbeitet als Rechtsanwältin.

in Oberhausen weiterhin mit Fördermitteln der Landesregierung rechnen können, um die Situation in der Innenstadt Alt-Oberhausen oder in Teilen von Osterfeld zu verbessern.

Welche Rolle können dabei Projekte wie der „Brückenschlag“ in Lirich spielen?

Man soll keine Wunder erwarten, aber ich glaube, sie können schon einen hilfreichen Beitrag leisten. Das Projekt „Brückenschlag“ sieht beispielsweise vor, den Stadtteil Lirich über das Zentrum Altenberg, den Hauptbahnhof und die Poststraße enger mit der Innenstadt von Alt-Oberhausen zu verbinden. Ziel ist, das Gefühl der Zusammengehörigkeit und des gemeinsamen Zuhauses in unserer Stadt zu stärken. Das „Wir in Oberhausen“ fühlt sich für mich einfach gut an.

Du hast es schon kurz angesprochen: Oberhausen gehört zu den strukturschwachen Städten im Land. Viele traditionelle Arbeitsplätze sind weggebrochen und die Arbeitslosigkeit ist immer noch zu hoch. Wie lässt sich das ändern?

Oberhausen hat seit den 60er

Jahren fast 40.000 Arbeitsplätze im Bergbau und der Stahlindustrie verloren. Großunternehmen wie Babcock mussten Insolvenz anmelden. Stadt und Land haben trotz aller Anstrengungen diesen dramatischen wirtschaftlichen Blutverlust bisher nur zum Teil ausgleichen können. Daher müssen wir weiter Anreize für den Mittelstand schaffen. Wir müssen mit Landesmitteln die Ansiedlung von Dienstleistern und Handwerksbetrieben attraktiver machen, mehr digitale Wirtschaft und kreative Gründer

www.sonja-bongers.de
facebook.com/SonjaBongersSPD

nach Oberhausen holen. Aber das sind Aufgaben, die eine arme Stadt nicht alleine leisten kann. Bund und Land müssen uns auch in Zukunft helfen. Und unser stärkster Verbündeter dabei waren immer die SPD-geführten Landesregierungen in Nordrhein-Westfalen.

Was könnte man sonst noch tun?

Ich bin, auch aufgrund meiner beruflichen Erfahrungen mit vielen Betroffenen, eine große Befür-

worterin des staatlich geförderten sozialen Arbeitsmarktes. Die Wiedereingliederung in eine konkrete Beschäftigung ist für Langzeitarbeitslose viel wichtiger als die siebte oder achte Fort- oder Weiterbildungsmaßnahme. Im Übrigen halte ich die Eindämmung der prekären Beschäftigung über Zeitverträge für dringend erforderlich. „Keine Zeit für Zeitverträge“ ist eine gute Forderung, der ich mich voll anschließe.

Eine der größten politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen ist derzeit die Flüchtlingspolitik.

„Ich bin für ein buntes Oberhausen, aber mit gleichen Regeln für alle.“

Das stimmt. Das ist eine gigantische Aufgabe. Aber das Ruhrgebiet, und damit auch Oberhausen, war nach dem Krieg immer schon multikulturell. Wir haben Integration schon lange gelebt. Ich bin für ein buntes Oberhausen, aber bitte mit gleichen Regeln für alle! Dazu gehören Werte wie Respekt, Toleranz und Demokratie. Dazu gehört selbstverständlich, dass man die Sprache des Gastlandes lernt. Dazu gehört, die geflüchteten Menschen aktiv in unsere Stadtgesellschaft einzubinden, so lange sie eben nicht in ihre Heimat zurückkehren können.

Ein Wort zur Bildungspolitik und den Kindertagesstätten in unserer Stadt.

Der von Hannelore Kraft geprägte Grundsatz „Kein Kind darf zurück bleiben“ ist gerade für Oberhausen ganz besonders wichtig. Jedes Kind soll die Chance auf einen Kindergartenplatz bekommen, ohne Kita-Gebühren. Für eine finanzschwache Stadt mit sozialen Problemlagen in einigen Wohngebieten wäre dies ein großer Gewinn, und zwar für alle Familien. Hinzukommen müsste die Bildung kleinerer Gruppen in den Kindergärten und eine zusätzliche Sprach-Pädagogik in Einrichtungen mit einem hohen Migrationsanteil.

Das große Aufreger-Thema der NRW-Schulpolitik war zuletzt die Frage: Abitur nach acht oder neun Jahren? Wie stehst du dazu?

Nach den Erfahrungen, die wir mit dem Abitur nach acht Jahren gesammelt haben, sagt die NRW-SPD heute: Die Eltern sollen selbst entscheiden können, ob ihr Kind das Gymnasium als „G8“ oder „G9“ besucht. Und das halte ich für richtig. Denn die Schülerinnen und Schüler lernen nicht alle gleich schnell. Deshalb gibt es ja unterschiedliche Schulformen wie Gesamtschulen oder Berufskollegs, die das berücksichtigen. Selbst für „Spätstarter“ gibt es zum Beispiel Einrichtungen wie das Niederrhein-Kolleg an der Wehstraße, das jungen Leuten ermöglicht, ihr Abitur über den zweiten Bildungsweg nachzuholen. Das gehört für mich auch zur Erfolgsgeschichte sozialdemokratischer Bildungspolitik in NRW.

Wie viel Kultur und gesellschaftliches Leben braucht eine Stadt wie Oberhausen?

Da bin ich entschieden für maximale Reichweite: Kultur sollte für alle da sein. Das fängt beim Theater an, das ein Bühnenprogramm für alle Schichten und Altersklassen macht, und hört bei Stadtbibliothek oder Volkshochschule mit ihren umfangreichen Angeboten lange noch nicht auf. Worauf wir in Oberhausen besonders stolz sein können, ist die Vielzahl an soziokulturellen Zentren wie Altenberg, Druckluft, K14, Ruhrwerkstatt, Kitev oder auch das Bürgerzentrum Alte Heid im Knappenviertel. Etwas Vergleichbares hat keine andere Stadt zu bieten und die Politik sollte diese Einrichtungen weiter fördern und ihren Erhalt sichern.

Dein Wunsch für die Landtagswahl?

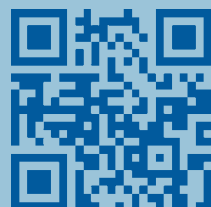
Dass ich noch mit ganz vielen Menschen in unserer Stadt sprechen und ihnen zuhören kann. Ich würde mich natürlich sehr freuen, wenn ich die Anliegen und Interessen der Oberhausenerinnen und Oberhausener im neuen Landtag vertreten dürfte. Aber noch wichtiger ist mir als Bürgerin und leidenschaftliche Demokratin, dass so viele Menschen wie möglich zur Wahl gehen. Denn in Zeiten wie diesen, braucht unsere Demokratie jede Stimme.

LANDTAGSWAHL AM 14. MAI: SIE KÖNNEN JETZT SCHON WÄHLEN!

Sie haben am 14. Mai keine Zeit oder etwas anderes vor? Kein Problem! Sie können auch jetzt schon wählen. In den drei **Sofortwahlstellen** in Alt-Oberhausen, Sterkrade und Osterfeld. Oder bequem von Zuhause per **Briefwahl**. Die Sofortwahlstellen sind **von Dienstag, 18. April 2017, bis Freitag, 12. Mai 2017**, geöffnet. Sie benötigen zur Sofortwahl übrigens nur einen gültigen **Personalausweis**, die Wahlbenachrichtigung ist nicht erforderlich.

ALT-OBERHAUSEN

Rathaus Oberhausen
Zimmer 1/2
Eingang Arkaden
Schwartzstraße 72
46045 Oberhausen



MO 08.00 - 16.00 Uhr
DI 08.00 - 16.00 Uhr
MI 08.00 - 16.00 Uhr
DO 08.00 - 18.00 Uhr
FR 08.00 - 12.00 Uhr
SA 10.00 - 13.00 Uhr

STERKRADE

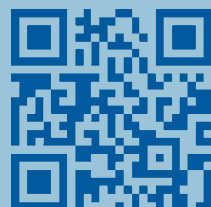
Technisches Rathaus
Gebäude C
Infotheke
Bahnhofstraße 66
46145 Oberhausen



MO 08.00 - 16.00 Uhr
DI 08.00 - 16.00 Uhr
MI 08.00 - 16.00 Uhr
DO 08.00 - 18.00 Uhr
FR 08.00 - 12.00 Uhr
SA 10.00 - 13.00 Uhr

OSTERFELD

Rathaus Osterfeld
Zimmer 18
Bottroper Straße 183
46117 Oberhausen



MO 08.00 - 16.00 Uhr
DI 08.00 - 16.00 Uhr
MI 08.00 - 16.00 Uhr
DO 08.00 - 18.00 Uhr
FR 08.00 - 12.00 Uhr
SA 10.00 - 13.00 Uhr

BRIEFWAHL

Für die Briefwahl benötigen Sie Briefwahlunterlagen, die Sie beim Fachbereich „Wahlen“ (Wahlamt) der Stadt Oberhausen anfordern können. Normalerweise tun Sie das mit dem Antrag, der auf der Rückseite der Wahlbenachrichtigung aufgedruckt ist.

Der ausgefüllte und unterschriebene Antrag ist an den Fachbereich „Wahlen“ zurückzusenden.

Per Post: Stadt Oberhausen, Fachbereich Wahlen, Postfach, 46042 Oberhausen

Per Fax: 0208 825 51 21

Per E-Mail: wahlen@oberhausen.de